

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 1. April 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Behrendt, Wolfgang (SPD)	1, 2	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	5, 6
Diller, Karl (SPD)	15, 16	Neuhäuser, Rosel (PDS)	41
Erlar, Gernot (SPD)	17, 18	Neumann, Kurt (Berlin) (fraktionslos)	39, 40
Faße, Annette (SPD)	13, 38	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	24, 25
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	33, 34	Schily, Otto (SPD)	36, 37
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	14, 35	Schulte, Brigitte (Hamel) (SPD)	7
Irber, Brunhilde (SPD)	11, 12	Steen, Antje-Marie (SPD)	29, 30
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	8	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 28
Kastner, Susanne (SPD)	31, 32	Wallow, Hans (SPD)	26, 27
Kemper, Hans-Peter (SPD)	42, 43	Wilhelm, Helmut (Amberg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 23
Kubatschka, Horst (SPD)	9, 10	Dr. Wodarg, Wolfgang (SPD)	19, 20
Kuhlwein, Eckart (SPD)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Block 1 des slowakischen Atomkraftwerkes Mochovce im Juli dieses Jahres in Betrieb gehen soll, und entsprechen die Nachrüstungen des Atomkraftwerkes Mochovce, die unter deutscher Beteiligung erfolgen, den Empfehlungen der Reaktorsicherheitskommission zur Nachrüstung von Atomkraftwerken dieser Bauart?
2. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)

Stellt die Bundesrepublik Deutschland Mitglieder der internationalen Expertenkommission, die unter österreichischer Führung, nach Zusage des slowakischen Premierministers Meciar, Anfang Mai nochmals das Atomkraftwerk Mochovce untersuchen soll, und welche Konsequenzen würde die Bundesregierung ziehen, wenn die Kommission zur Ansicht käme, daß der zukünftige Sicherheitsstandard nicht ausreichend ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

3. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem das Amtsgericht Hannover am 19. März 1998 internationalen Haftbefehl gegen den in Israel inhaftierten Deutschen S. J. S. erließ und ein Auslieferungsgesuch an Israel anregte, ein solches Gesuch zu stellen, nicht zu stellen oder aber die – angesichts der in Israel nur vorübergehend ausgesetzten Hauptverhandlung dringliche – Entscheidung dieser Frage noch hinauszuschieben, und wird die Bundesregierung bei entsprechendem Antrag des Amtsgerichts Hannover auch ein Rechtshilfeersuchen vermitteln sowie politisch mit dem Ziel unterstützen, aus Israel Akten mit genaueren Informationen über die dortige Festnahme des Bürgers sowie die vorangegangene Zusammenarbeit mit deutschen Sicherheitsbehörden zu erhalten?

4. Abgeordneter
**Helmut
Wilhelm
(Amberg)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung den seitens des Deutschen Bundestages spätestens zum 31. Dezember 1997 erbetenen Bericht über die Wechselbeziehungen zwischen Zeugnisverweigerungsrechten und Beschlagnahme- bzw. Verwertungsverboten (Drucksache 13/7699) vorlegen, und wie beurteilt die Bundesregierung, nachdem kürzlich die Beratung des „Großen Lauschangriffs“ zentral um derartige Fragen kreiste, die Dringlichkeit dieses Berichtsthemas sowie der dazu im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages bereits beschlossenen Expertenanhörung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

5. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt im Ministerrat und anderen zuständigen Gremien im einzelnen ergriffen, um die geplanten Agrarreformen der Agenda 2000 in den Bereichen Getreide, Rindfleisch und Milch aktiv mitzugestalten?

6. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Welcher Instrumentarien hat sich die Bundesregierung bedient, um die geplanten Agrarreformen in den Bereichen Getreide, Rindfleisch und Milch mitzugestalten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

7. Abgeordnete
**Brigitte
Schulte**
(Hameln)
(SPD)

Besteht ein Vorschlagsrecht durch die Benutzer und Leiter vor Ort für die Beschaffung von neuer Literatur für die Bibliotheken der Bundeswehr an den Kasernenstandorten, in den Spezialeinrichtungen und der Führungsakademie der Bundeswehr?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

8. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig bzw. inwieweit sieht sie gesetzgeberischen Handlungsbedarf, damit eine für Deutschland flächendeckende und ausreichende Bevorratung mit Arzneimitteln für Großschadensereignisse sichergestellt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

9. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Trifft es zu, daß die geplanten „Naturversuche“ zum Donauausbau im Bereich der Ortschaft Mühlham durchgeführt werden sollen, und wenn nein, wo genau (Donau-km) sollen sie stattfinden?
10. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Nach welchen Kriterien wurde ein Donauabschnitt für die geplanten „Naturversuche“ zum Donauausbau ausgewählt, und welche konkreten Fragen sollen durch die geplanten „Naturversuche“ geklärt werden?
11. Abgeordnete
Brunhilde Irber
(SPD)
- Welcher Zeitplan ist für die Durchführung der Naturversuche zum Donauausbau vorgesehen, und wann kann mit ersten Ergebnissen gerechnet werden?
12. Abgeordnete
Brunhilde Irber
(SPD)
- Mit welcher Energieausbeute aus Wasserkraftwerken ist für die verschiedenen diskutierten Möglichkeiten des staufengestützten Donauausbaus zu rechnen, und wem kommen die Erlöse aus dem Stromverkauf zu?
13. Abgeordnete
Annette Faße
(SPD)
- Befürwortet die Bundesregierung den einstimmig gefaßten Appell des Rates für Verkehr an den Rat für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union vom 17. März 1998, er möge bei der Kommission der Europäischen Union eine Studie über die Folgen einer Abschaffung des Duty-free-Handels zum 30. Juni 1999 einfordern, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung diesen Appell unterstützen? *)

*) s. hierzu auch Frage 38

- | | |
|---|---|
| 14. Abgeordneter
Reinhold
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | In welchem Umfang subventioniert der Duty-free-Handel Flug- und Fährpreise? *) |
| 15. Abgeordneter
Karl
Diller
(SPD) | Wann hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die am 27. Oktober 1989 zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Luxemburgischen Staatsbahn (CFL) vereinbarte bilaterale Arbeitsgruppe, die sich mit der gegenwärtigen und künftigen Gestaltung des Schienenpersonenverkehrs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Luxemburg befassen soll, bisher getroffen, und zu welchen Ergebnissen führten die einzelnen Treffen? |
| 16. Abgeordneter
Karl
Diller
(SPD) | Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung – insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung von Investitionsmaßnahmen in das Streckennetz – für den deutschen Teil der Strecke Trier – Luxemburg unternehmen, nachdem die CFL zur Zeit den luxemburgischen Teil mit einem Aufwand von 62 Mio. DM soweit modernisiert, daß er mit Tempo 120 befahren werden kann, und welche diebezüglichen Anstrengungen wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Deutsche Bahn AG unternehmen? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|---|---|
| 17. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß am 16. März 1998 in Riga ein Marsch von Angehörigen der beiden im Frühjahr 1943 in Lettland gebildeten SS-Divisionen stattgefunden hat, an der auch Angehörige der lettischen Streitkräfte und des lettischen Parlaments teilgenommen haben sollen? |
| 18. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | In welcher Weise hat die Bundesregierung offiziell und inoffiziell auf dieses Ereignis reagiert, und welches waren die Reaktionen der anderen EU-Mitglieder? |

*) s. hierzu auch Frage 35

19. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Beginn, Dauer und Umfang eines Joint-venture zwischen einem deutschen und einem chinesischen Unternehmen über die Ausstattung von Dialyseplätzen im Militärklinikum der chinesischen Stadt Nanfang?
20. Abgeordneter
Dr. Wolfgang Wodarg
(SPD)
- Treffen die in der Zeitschrift „Stern“, Ausgabe 11/1998, S. 177, gemachten Angaben nach Kenntnis der Bundesregierung zu, wonach es ohne das am Joint-venture beteiligte deutsche Unternehmen keine Nierentransplantationen im Nanfang-Hospital gebe, und welche Kenntnisse hat die Deutsche Botschaft über Zusammenhänge zwischen Hinrichtungen und Organtransplantationen in China?
21. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Wer hat auf welcher Rechtsgrundlage entschieden, daß der ehemalige Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, eine einmalige Zahlung zur pauschalen Abdeckung aller Kosten erhalten sollte, die ihm durch seinen Wechsel in den Dienst der Vereinten Nationen entstehen?
22. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung die Zahlungen an den ehemaligen Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, zur Unterhaltung einer angemessenen Wohnung in Nairobi und New York aus einem vom Deutschen Bundestag nicht kontrollierten Titel des Haushalts des Auswärtigen Amts geleistet?
23. Abgeordneter
Helmut Wilhelm (Amberg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit treffen Berichte (FOCUS 13/1998, S. 50) zu, daß die Bundesregierung dem Privatagenten Werner Mauss für geleistete Dienste aus demselben geheimen Haushaltstitel Kapitel 05 Titel 52902 Zahlungen leistete wie dem ehemaligen Bundesminister Dr. Klaus Töpfer im Hinblick auf dessen Wechsel zur VN, und falls dies grundsätzlich zutrifft, welche Auskunft gibt die Bundesregierung jeweils über Höhe, Termin und Anlaß solcher Zahlungen an Werner Mauss?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

24. Abgeordneter
Norbert Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)
- Seit wann und in welchem Umfang liegen der Bundesregierung Kenntnisse über den jetzt öffentlich bekannt gewordenen Diebstahl zweier Computer nebst Festplatten mit geheimem Datenmaterial im November 1997 im Thüringer Innenministerium vor?
25. Abgeordneter
Norbert Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)
- Welche sicherheitstechnischen und sicherheitspolitischen Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem in Frage 24 angesprochenen Vorgang für ihren eigenen Zuständigkeitsbereich, und kann sie insbesondere hundertprozentig ausschließen, daß sich bei ihr gespeicherte geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, wie die der Parlamentarischen Kontrollkommission oder Informationen über die persönlichen Sicherheitsbelange von Bundestagsabgeordneten, etwa durch Datenaustausch, auf den gestohlenen Festplatten befinden?
26. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche verschiedenen sozialverträglichen Regelungen zieht die Bundesregierung für die Beschäftigten des zur Schießung vorgesehenen sogenannten „Regierungsbunkers“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler in Betracht, und welche arbeits- bzw. beamtenrechtliche Absicherung am eventuellen neuen Arbeitsplatz sind für jene Beschäftigte der Bunkeranlage vorgesehen, die Stellen beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln annehmen (zum Beispiel Anwendung des sogenannten „Rucksackvermerks“)?
27. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Wie ist zu erklären, daß trotz Stellenabbaus im Bereich des Bundesministeriums des Innern den – überwiegend im mittleren Dienst eingruppierten – Beschäftigten des sogenannten „Regierungsbunkers“ zwischenzeitlich eine nennenswerte Zahl an Stellen beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln und beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden angeboten wurde, und warum wurde den älteren Beschäftigten bislang keine Vorruhestandsregelung angeboten?
28. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung meine Rechtsauffassung, daß der Regierungsbunker Marienthal gemäß § 905 BGB Eigentümern des darüber befindlichen Grund und Bodens gehört, sowie die Schlußfolgerung daraus, daß ohne vorherigen

Abkauf von diesen Grundeigentümern oder deren Enteignung ein nach Mitteilung des Bundesministeriums des Innern u. a. erwogener Verkauf des Bunkers nicht realisierbar wäre, und wie begründet die Bundesregierung, daß den im Regierungsbunker bisher Beschäftigten – vorwiegend lebensältere beamtete Handwerker – durch das Bundesministerium nahegelegt worden sein soll, unter Mitnahme ihrer Planstellen zur Wahrnehmung von Observationsaufgaben zum Bundesamt für Verfassungsschutz zu wechseln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- 29. Abgeordnete
Antje-Marie
Steen
(SPD)**

Tritt die Bundesregierung für den Erhalt der Tax-free-Regelung innerhalb der Europäischen Union über den 30. Juni 1999 hinaus ein, und wenn ja, was hat die Bundesregierung seit den Beschlüssen des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 und des Bundesrates vom 7. November 1997 zum Erhalt des Tax-free-Handels innerhalb der Europäischen Union unternommen, um die auf den 30. Juni 1999 terminierte Abschaffung dieser Regelung abzuwenden?

- 30. Abgeordnete
Antje-Marie
Steen
(SPD)**

Wie erklärt die Bundesregierung trotz des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 5. Juni 1997 zum Erhalt der Duty-free-Regelung die Antwort des Staatssekretärs Dr. Manfred Overhaus vom 13. Oktober 1997 auf die schriftlichen Fragen 17, 18 in Drucksache 13/8792, keine Handlungsmöglichkeit und Handlungsnotwendigkeit zu sehen, gegen die geplante Abschaffung anzugehen, und wie wird diese ablehnende Haltung des Bundesministeriums der Finanzen vor den Hintergrund eines angeblichen Briefes des Bundesministers für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, Friedrich Bohl, an den CDU-Bundestagsabgeordneten Rolf Olderog erklärt, in dem dieser den Einsatz der Bundesregierung zum Erhalt der Duty-free-Regelung versichert haben soll?

- 31. Abgeordnete
Susanne
Kastner
(SPD)**

Wie erklärt die Bundesregierung die als passiv empfundene Haltung des Bundesministers der Finanzen, Dr. Theodor Waigel, zum Erhalt der Tax-free-Regelung bei der Sitzung des zuständi-

gen Rates für Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Union am 9. März 1998 vor dem Hintergrund, daß für eine Beibehaltung dieser Regelung ein einstimmiger Beschluß des Rates für eine Initiative der Europäischen Kommission notwendig ist?

32. Abgeordnete
**Susanne
Kastner**
(SPD)

Wie viele Menschen arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland direkt und indirekt im Bereich Tax-free – sowohl Produktion als auch Verkauf –, und wie hoch wird nach Meinung der Bundesregierung der Arbeitsplatzverlust in diesem Bereich durch die Abschaffung der Tax-free-Regelung zum 30. Juni 1999 in der Bundesrepublik Deutschland sein?

33. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack**
(**Extertal**)
(SPD)

Räumt die Bundesregierung vor dem Hintergrund von rd. 20 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union und von rd. 5 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Politik der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang vor dem Streben nach steuerlicher Harmonisierung innerhalb der Europäischen Union ein?

34. Abgeordneter
**Karl Hermann
Haack**
(**Extertal**)
(SPD)

Vertritt die Bundesregierung die Meinung, daß es vor dem Hintergrund einer bisher unzureichenden Steuerharmonisierung innerhalb der Europäischen Union weder eine rechtssystematische noch eine binnenmarktpolitische Notwendigkeit gibt, den Tax-free-Handel abzuschaffen?

35. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller**
(**Lübeck**)
(SPD)

Wie viele Einnahmen aus Lohn-, Einkommen- und Ertragsteuern stehen dem Verzicht auf Verbrauchs- und Mehrwertsteuern bei Tax-free-Einkäufen gegenüber? *)

36. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Frage nachgegangen, ob im Zusammenhang mit der Privatisierung der Leuna-Werke, insbesondere bei dem Verkauf der Raffinerie, im Auftrag des französischen Konzerns Elf Aquitaine Zahlungen an Dritte außerhalb der Kaufvertragsparteien geleistet worden sind, und kann sie Auskunft über die Personen, die Zahlungen geleistet haben, über die Zahlungsempfänger und über die jeweiligen die Gründe für die Zahlungen geben?

*) s. hierzu auch Frage 14

37. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)
- Welche Gespräche hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im Zusammenhang mit Zahlungen des Konzerns Elf Aquitaine anlässlich der Privatisierung der Leuna-Werke geführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

38. Abgeordnete
**Annette
Faße**
(SPD)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung das Verhältnis zwischen zusätzlichen Einkäufen und nur umgelenkten Einkäufen privater Kaufkraft aus dem Einzelhandel beim Duty-free-Verkauf?*)
39. Abgeordneter
**Kurt
Neumann
(Berlin)**
(fraktionslos)
- Mit welchen rechtlich tragfähigen Argumenten glaubt die Bundesregierung – in Ansehung ihrer Antwort auf meine Frage in der Fragestunde am 25. März 1998, Plenarprotokoll 13/223, S. 20412 B – den Aussagen der sorgfältigen juristischen Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zum Thema „Zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Recht der Vergabe öffentlicher Aufträge“ – WF III - 259/97 – vom 9. Dezember 1997 begegnen zu können, es bestünden „erheblich verfassungsrechtliche Bedenken dagegen, eine umfassende und abschließende Regelung der Auftragsvergabe und ihrer Kriterien auf die Grundlage der Bundeskompetenz aus Artikel 74 Nr. 16 GG zu stellen“, es wäre mit der Kompetenzordnung des Grundgesetzes „kaum vereinbar, Regelungen unter das Wirtschaftsrecht zu fassen, die vorwiegend ein Verfahren öffentlicher Körperschaften betreffen“, und, wenn der Bund den Ländern verbiete, die Auftragsvergabe von der Erfüllung sozialpolitischer Kriterien abhängig zu machen, „überschreite“ er „damit den Rahmen des Artikels 109 Abs. 3 GG“?
40. Abgeordneter
**Kurt
Neumann
(Berlin)**
(fraktionslos)
- Welche juristische Argumentation verbirgt sich hinter der Aussage der Bundesregierung in der Fragestunde am 25. März 1998, Plenarprotokoll 13/223 S. 20412 D, daß drei Kompetenzregelungen, die jede für sich eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes nicht begründen, im „Zusammenspiel“ trotz der generellen Gesetzgebungszuständigkeit der Länder nach Artikel 70 Abs. 1 GG „eine klare Gesetzgebungskompetenz des Bundes“ ergeben?

*) s. hierzu auch Frage 13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

41. Abgeordnete
Rosel
Neuhäuser
(PDS)
- Ist das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bereit, die Arbeitsanweisung 22 für Arbeitsämter vom 4. November 1993 zurückzunehmen, die die Interessenvereinigung für humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. von Arbeitsfördermaßnahmen ausschließt, nachdem diese Vereinigung in ihrer neu beschlossenen Satzung im November 1997 die offene Jugendarbeit ausdrücklich als ihren Arbeitsschwerpunkt festgelegt hat?
42. Abgeordneter
Hans-Peter
Kemper
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die durch die Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitsämtern für das Haushaltsjahr 1998 zugeteilten Mittel für besondere Leistungen zur beruflichen Erstein-gliederung unzureichend sind und daß diese zunächst teilweise – von einem Arbeitsamt sind mir 90 v. H. bekannt – dafür verwendet werden müssen, um im Haushaltsjahr 1997 und früher entstandene Bindungen abzudecken, so daß die Erstein-gliederung Behinderter in diesem Jahr zum Erliegen kommen dürfte?
43. Abgeordneter
Hans-Peter
Kemper
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus, daß es sich bei der beruflichen Erstein-gliederung Behinderter um eine Pflichtleistung nach dem SGB III handelt, bei der eine Bewirt-schaftung der zugeteilten Mittel den Arbeits-ämtern gar nicht möglich ist?

Bonn, den 27. März 1998